

ANFRAGE Stadtrat Marc Bernhard (AfD) Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) vom 13. November 2014	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	6. Plenarsitzung Gemeinderat 16.12.2014 2014/0299 35 öffentlich
Auswirkungen der wirtschaftlichen Schieflage der EnBW auf den Haushalt der Stadt - kurz-, mittel- und langfristig		

1. Welche Auswirkungen hat die wirtschaftliche Schieflage der EnBW auf den Haushalt der Stadt - kurz-, mittel- und langfristig?

2. Um etwa welchen Betrag reduzieren sich die jährlichen Steuereinnahmen der Stadt, wenn sich das Ergebnis der EnBW von 1 Mrd. Euro Gewinn in einem Jahr zu 1 Mrd. Euro Verlust im nächsten Jahr verändert (mit Berücksichtigung der Verlust-Rücktragung)?

3. Inwieweit sind die Stadt und ihre Gesellschaften derzeit noch an der EnBW beteiligt? Um etwa welchen Betrag werden die jährlichen Einnahmen der städtischen Einrichtungen insgesamt durch den zu erwartenden Wegfall der für die EnBW-Anteile gezahlten jährlichen Dividenden für das Jahr 2014 relativ zum Jahr 2010 reduziert?

4. Um etwa welchen Betrag wurden die jährlichen Einnahmen der städtischen Einrichtungen insgesamt durch die Verminderung des Sponsoring von Seiten der EnBW seit 2010 reduziert?

5. Inwieweit sind diese Effekte bei der vorliegenden Haushaltseinbringung berücksichtigt?

6. Inwieweit ist der zu erwartende dauerhafte Wegfall der EnBW als Steuerzahler in den langfristigen Haushaltsplanungen der Stadt berücksichtigt?

Sachverhalt/Begründung:

Die EnBW ist mit rund 20 000 Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber des Landes. Sie hat ihren Hauptsitz in Karlsruhe. Unsere Stadt ist daher von der erschreckenden wirtschaftlichen Entwicklung in besonderem Maße betroffen.

Nach dem erzwungenen Abschalten der älteren deutschen Kernkraftwerke Ende März 2011 äußerte Finanzbürgermeisterin Frau M. Mergen, sie wüsste nicht, wie sich der zu erwartende Ertragseinbruch der EnBW auf den Haushalt der Stadt auswirken werde.

Inzwischen hat die EnBW zusätzlich zur Abschaltung zweier Kernkraftwerksblöcke mit zusammen ca. 1 600 Megawatt elektr. Leistung auch mit den Auswirkungen des EEG zu kämpfen. Aus ca. 1,2 Mrd. Euro Gewinn in 2010 wurden ca. 770 Mio. Euro Verlust allein in den ersten drei Quartalen 2014.

Die EnBW zahlt ca. 40 % ihres Gewinns in Form von Körperschafts- und Gewerbesteuer, davon kommt ein großer Teil der Stadt Karlsruhe zugute. Wird das EnBW-Ergebnis negativ, so werden durch Rücktragungen in die Vorjahre aus Steuerzahlungen Steuerrückzahlungen in vergleichbarer Höhe.

Für ihre Anteile an der EnBW werden die an ihr beteiligten baden-württembergischen Städte und Gemeinden künftig kaum noch Dividende erhalten. In Karlsruhe deutlich stärker spürbar ist jedoch der Wegfall der EnBW als Sponsor für Ausstellungen und kulturelle Events, aber auch für den KSC. Zudem wird der vom Management der EnBW bereits angekündigte Personalabbau mittelfristig das Lohnsteueraufkommen vermindern.

Aus der Ankündigung der EnBW, nicht nur Kohlekraftwerke, sondern auch Off-shore-Windparks, wie zum Beispiel die Hälfte von Baltic 2, zu verkaufen, ist ersichtlich, dass sich die wirtschaftliche Lage der EnBW in den nächsten Jahren eher weiter verschlech-

tern als verbessern wird, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht entscheidend geändert werden.

Am Beispiel der EnBW wird also - ebenso wie bei RWE und E.ON - klar, wen die von Bundes- und Landesregierung erzwungene Energiewende am härtesten trifft: die Städte und Kommunen, in denen die Energieversorger beheimatet sind, und uns, die Bürger.

Vor diesem Hintergrund ist nicht zu verstehen, dass die Stadt Karlsruhe nach wie vor alles tut, um die Energiewende weiter voranzutreiben.

unterzeichnet von:

Marc Bernhard

Dr. Paul Schmidt

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

5. Dezember 2014